dbb regional magazin

12

Dezember 2018 ▪ 25. Jahrgang

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Bundespräsident Steinmeier

# Öffentlicher Dienst braucht mehr Ost-Führungskräfte

100 Jahre Beamtenbund

# Bundespräsident: Zu wenig Führungskräfte aus Ostdeutschland

© Marco Urban (2)

**Beim Festakt zum 100. Geburtstag des dbb hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für einen vielfältigen öffentlichen Dienst geworben. Dazu brauche die Verwaltung auch mehr Führungskräfte aus Ostdeutschland.**

Ein öffentlicher Dienst als Stütze der Demokratie müsse in seiner eigenen Zusammensetzung Spiegelbild der demokratischen Gesellschaft sein, erklärte der Bundespräsident bei den Feierlichkeiten am 29. November 2018 im dbb forum berlin. „Hier gibt es noch viel zu tun. Diversität ist kein Modewort. Nur ein Staatsdienst, der unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt abbildet, kann den bestmöglichen Dienst an dieser Gesellschaft leisten“, erklärte das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik.

Deshalb, so Steinmeier weiter, frage der dbb zu Recht: „Warum sind auch heute – 100 Jahre nach dem Erringen des Frauenwahlrechts – viel zu wenige Frauen in Führungspositionen? Dafür mag es Erklärungen geben, aber dafür gibt es keine Entschuldigung.“

Zufrieden könne die Gesellschaft auch nicht sein, solange die Kinder und Enkel derer, die als Arbeitsmigranten in den 1960er- und 1970er-Jahren nach Deutschland kamen und hier ihre Heimat fanden, nur verhältnismäßig selten im Staatsdienst arbeiten. „Jeder, der die staatsbürgerlichen Voraussetzungen mitbringt, sollte die gleichen Zugangschancen auf eine Stelle im Staatsdienst haben“, erklärte der Bundespräsident. „Das ist wichtig, damit es Vorbilder gibt: auf den Bürgerämtern, auf den Stühlen von Richtern und Staatsanwälten oder in den Ministerien.“

## Wenig Ostdeutsche in Führungspositionen: „Es ist Zeit, dass sich das ändert.“

Mit Blick auf die deutsche Geschichte legte Steinmeier einen besonderen Fokus auf die Rolle des öffentlichen Dienstes bei der Wiedervereinigung: „Der Fall der Mauer vor nunmehr fast drei Jahrzehnten wäre nicht denkbar ohne den Mut und Freiheitswillen der Ostdeutschen, die damals auf die Straße gingen. Zum Gelingen der staatlichen Einheit in den Jahren nach 1989 gehört sicher auch die wertvolle Unterstützung, die westdeutsche Beamte in den damaligen „neuen“ Bundesländern geleistet haben. Viele von ihnen fanden dort eine neue Heimat. Heute aber stellen wir fest, dass auf den Leitungsebenen vieler Behörden, auch in Ostdeutschland, immer noch zu wenige Tarifbeschäftigte oder Beamte aus Ostdeutschland tätig sind. Es ist Zeit, dass sich das ändert.“

Dass der öffentliche Dienst eine Stütze der Demokratie sein müsse, unterstrich auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach: „Die Legitimation unseres Rechtsstaates wird von unterschiedlichen Seiten infrage gestellt. Wir im öffentlichen Dienst dürfen nicht nur auf die Politik schauen und von dort allein die Bewahrung unseres Staates und unserer Gesellschaft erwarten. Wir alle sind gefordert und als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sogar in besonderer Weise. Wir sind Recht und Gesetz verpflichtet. Wir dienen immer und zuerst der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das friedliche Zusammenleben unserer gesamten Gesellschaft ermöglicht“, sagte Silberbach.

## „Geschichtsvergessenheit können und dürfen wir uns nicht leisten.“

Angesichts der Rolle des Beamtenbundes während der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nahm Silberbach auch den dbb in die Pflicht: „Geschichtsvergessenheit können und dürfen wir uns nicht leisten. Nicht in der Gesellschaft und im Land. Und auch nicht als Spitzenorganisation und Sozialpartner, der für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes spricht.“ Sowohl für den öffentlichen Dienst

als auch für den dbb gelte deshalb: „Wer nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden unserer Verfassung steht, für den ist bei uns kein Platz."

Mit Blick auf die aktuelle Situation sagte Silberbach: „Viele Bürgerinnen und Bürger haben in zentralen Bereichen ihres Alltags den Eindruck, dass nicht mehr in ausreichendem Maß für ihre Bedürfnisse gesorgt wird. Bildung, Arbeit, Gesundheit, Sicherheit, Infrastruktur – die Menschen haben begründete Zukunftssorgen und Fragen. Es ist an der Zeit, dass der Staat wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger steht."

**„Gemeinwohl kann auch der schlauste Algorithmus nicht errechnen."**

Für diese Aufgabe werde auch in Zukunft das Berufsbeamtentum als „tragende Säule des öffentlichen Dienstes in Deutschland" gebraucht. Bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben wie beispielsweise der Digitalisierung und des demografischen Wandels sei der Staat aber unabhängig von Statusfragen gefordert, mehr zu investieren.

Auch in diesem Punkt waren sich Silberbach und der Bundespräsident einig: Der Staat sei gegenüber seinen Beschäftigten verpflichtet, erklärte Steinmeier. „Dazu gehört eine ordentliche Ausstattung des öffentlichen Dienstes. Das meint natürlich eine gute Personalausstattung und eine ordentliche Bezahlung. Immer mehr gehört dazu auch eine moderne Ausstattung unserer Behörden, zum Beispiel eine leistungsfähige Informationstechnik, die auf der Höhe der Zeit ist. Nur so bleibt der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber und eine starke Stütze unserer Demokratie."

Dennoch mahnte der Bundespräsident hinsichtlich der Digitalisierung auch zur Vorsicht. Sie dürfe nicht dazu führen, dass sich in der Verwaltung keine Menschen mehr begegnen. Steinmeier: „Arbeit im öffentlichen Dienst ist immer mehr als pure Pflichterfüllung oder rechnerische Optimierung. Das Gemeinwohl kann auch der schlauste Algorithmus nicht errechnen."


## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin"

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

**Redaktion:** Michael Eufinger (leitender Redakteur)

**Verantwortliche Redakteure für:**
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Titelfoto:** © Marco Urban

**Verlag:** dbb verlag gmbh. Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 22, gültig ab 1.10.2018

**Layout:** FDS, Geldern

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

# Pakt für Sicherheit nimmt Form an – Schattenseiten bleiben

Als Teil des Paktes für Sicherheit der Landesregierung gilt es auch, die Erschwerniszulagenverordnung zu ändern. Hierzu hat sich der dbb m-v im Rahmen der Beteiligung umfangreich geäußert. Zur Erläuterung der einzelnen Punkte traf der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 20. November mit Finanzminister Mathias Brodkorb zu einem Gespräch zusammen.

Als positiv hob Knecht unter anderem die Erhöhung bisheriger Zulagen hervor, konkret die Erhöhung der Wechselschichtzulage von 51,13 Euro auf 150 Euro und die Erhöhung der Zulage für Beamte in den Spezialeinheiten (SE-Zulage) von 153,93 Euro auf 300 Euro. „Auch die Schaffung völlig neuer Zulagen, beispielsweise bei Spezialkräften und Hundeführern, wird in den Revieren sehr positiv aufgenommen. Mit alldem ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der Inneren Sicherheit und für das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger getan. Gleichzeitig wird das Interesse junger Leute geweckt, sich für einen Job bei der Polizei zu entscheiden“, unterstrich Knecht.

Allerdings machte der dbb m-v auch darauf aufmerksam, dass diese Entscheidungen als der Anfang eines Prozesses gesehen werden müssen. Denn bezüglich der Erhöhung der Zulagen sei die Dynamisierung, die Ruhegehaltsfähigkeit und die Definition weiterer Erschwernisse immer noch unklar.

Völlig unterzugehen scheine auch der Allgemeine Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten. Dort werde in der Regel ebenfalls in Wechselschicht gearbeitet und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen seien für die Gewährleistung der Sicherheit elementar wichtig. Ihnen stehe nach Meinung des dbb m-v ebenfalls eine Erhöhung der Wechselschichtzulage zu. „Das gebietet schon der Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 unseres Grundgesetzes. Wir gehen davon aus, dass das Justizministerium als das dafür zuständige Ministerium dieses Problem in seiner Stellungnahme ebenfalls anspricht, um das Finanzministerium zu einer anderen Haltung zu bewegen“, betonte der dbb Landesvorsitzende. Verhandlungsbereit zeigte sich der Finanzminister dagegen bei der Honorierung von Erschwernissen bei den Feuerwehren und der Einführung einer Notfallsanitäterzulage, wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bereits geschehen.

„Wir freuen uns für alle, die ab dem 1. Januar 2019 von den Verbesserungen profitieren, sehen uns aber auch in der Pflicht, den Prozess weiterer Anreize bis hin zu einer möglichen Neuordnung aller Erschwernisse im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen weiterzugehen. Eine erste Möglichkeit gibt es bereits in Kürze, wenn es nach einer erfolgreichen Tarifrunde mit den Ländern 2019 um die anschließende Besoldungsübertragung geht“, so Knecht abschließend.

100 Jahre Beamtenbund

Den Festakt zum 100. Geburtstag des dbb nutzte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, um Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf immerhin fast 30 Jahre nach der Wende nach wie vor bestehende und künftige Probleme der Daseinsvorsorge im Nordosten aufmerksam zu machen. Gleichzeitig lobte Knecht Steinmeiers Dank im Namen aller Deutschen an alle, die rund um die Uhr für das Gemeinwohl arbeiten. „Das motiviert, weiter dafür zu werben, dass die öffentliche Hand und unsere Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind“, so Knecht.

BSBD-Vertretertag

# Hans-Jürgen Papenfuß im Amt bestätigt

Am 8. November 2018 hat im Mehrzwecksaal der Justizvollzugsanstalt Bützow der 8. Landesvertretertag der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD) M-V stattgefunden. Annähernd 60 Vertreter der Ortsverbände, Mitglieder des Hauptausschusses und Gäste waren geladen, ebenso Presse, Funk und Fernsehen.

In seinem Rechenschaftsbericht wies der BSBD-Landesvorsitzende Hans-Jürgen Papenfuß vor allem auf die großen Themenschwerpunkte der Verbandsarbeit der vergangenen fünf Jahre hin: einerseits der Kampf um die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse auf Beamte und Versorgungsempfänger, andererseits das Ringen um bessere Beförderungs-, Aufstiegs- und Eingruppierungsmöglichkeiten und gegen die fehllaufende Personalpolitik des Justizministeriums, insbesondere mit Blick auf schleppende Stellennachbesetzungen und demotivierende Stellenbewertungen.

Weitere Wirkungsbereiche waren die zurückliegenden

Der neue Vorstand (von links): Matthias Nicolai, Bernd Raubold, Stanley Mengel, Hans-Jürgen Papenfuß, Heike Dethloff und Thomas Kämpfe mit dem BSBD-Bundesvorsitzenden René Müller

Personal- und Hauptpersonalratswahlen, die Mitorganisation des 39. Gewerkschaftstages des BSBD-Bundesverbandes in Rostock, das ewige Thema „Dienstbekleidung“ und nicht zuletzt auch die Sorge des Landesverbandes um die Kolleginnen und Kollegen der JVA Neubrandenburg angesichts der zweifelhaften Zukunft ihrer Anstalt.

Nach den Berichten des Seniorenvertreters Helmut Halwahs, des Tarifvertreters Maik Hölker und des Jugendvertreters Moritz Kalisch über ihre Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode schilderte Schatzmeister Bernd Raubold die finanzielle Entwicklung des Landesverbandes, dem seitens der Rechnungsprüfer eine vorbildliche und tadellose Buchführung bescheinigt wurde. Daraufhin wurde die Landesleitung durch die Delegierten entlastet.

Besondere Ehren wurden Sonja Ladwig aus dem Ortsverband JVA Neustrelitz sowie Andreas Behrens, Andrea Lange, Fred Dierks und Ralf Sinapius aus dem Ortsverband JVA Neubrandenburg zuteil. Sie wurden durch den Landesvertretertag für ihr jahrelanges Engagement in ihren Ortsverbänden ausgezeichnet.

### Helmut Halwahs zum Ehrenvorsitzenden gewählt, Siegrid Brückner zum Ehrenmitglied

Nachfolgend wurden drei Anträge zur Abstimmung gestellt. Zum ersten eine Satzungsänderung, die neben der Einführung datenschutzrechtlicher Bestimmungen auch mit einer Verschlankung der künftigen Landesleitung sowie der sprachlichen Anpassung an die Satzung des BSBD-Bundesverbandes aufwartete. Zum zweiten und dritten – aufgrund herausragender Verdienste – die Ernennung von Siegrid Brückner zum Ehrenmitglied und Helmut Halwahs zum Ehrenvorsitzenden des BSBD-Landesverbandes MV. Alle gestellten Anträgen erhielten die Zustimmung der Delegierten.

In der sich anschließenden Wahl wurde der Landesvorsitzende Hans-Jürgen Papenfuß in seinem Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Matthias Nicolai gewählt, Thomas Kämpfe und Stanley Mengel zu Vorstandsmitgliedern. Heike Dethloff erhielt die Stimmen der Deligierten bei der Wahl zur Schatzmeisterin (Stellvertreter: Bernd Raubold), Katrin Wendler und Matthias Kleemann wurden als Rechnungsprüfer bestimmt. Im öffentlichen Teil der Veranstaltung entspann sich eine sehr interessante Podiumsdiskussion zwischen René Müller (BSBD-Bundesvorsitzender), Jörg Jesse (Abteilungsleiter II des Justizministeriums MV), Diether Schmidt (dbb mv) sowie den Landtagsabgeordneten Jacqueline Bernhardt (Die Linke) und Philipp da Cunha (SPD). Der Umgang mit den Beschäftigten des Justizvollzuges, deren Motivation sowie die notwendige Anerkennung des Berufsfeldes wurden kontrovers diskutiert, ebenso wie die daraus resultierenden Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit. Hervorragend moderiert wurde die Diskussion durch ein BSBD-Urgestein, den Abgeordneten der Hamburgischer Bürgerschaft, Wolfhard Ploog. Nachfolgend schaffte es leider nur Jesses Aussage in die NDR-Nachrichten, dass das durch das Finanzministerium bereitgestellte Budget nicht dem entspräche, was an (Personal-)Stellen vorhanden sei, womit er letztlich den Personalmangel in den Justizvollzugsanstalten bestätigte.

### Jörg Jesse sorgt für Kontroverse

Ein Raunen ging beim Thema „Anerkennung, Motivation und Schaffung von Anreizen“ durch den Raum, als Jörg Jesse forderte, dass Motivation vor allem durch die Beschäftigten selbst eingebracht werden müsse – und wem das nicht genüge, der könne sich auch anderweitig orientieren.

Offenbar, so war es vielerorts zu hören, sei dem Abteilungsleiter II des Justizministeriums MV nicht klar, dass es bereits allein in der JVA Bützow dreizehn Versetzungsgesuche auf eine Ausschreibung des Zoll gibt, dass Anwärter ihre Ausbildung im Justizvollzug zugunsten einer neuen Ausbildung in der Landesverwaltung anderer Behörden abgebrochen haben und die Anfang Dezember 2018 an den Start gehende Anwärterklasse lediglich zur Hälfte besetzt ist.

Abschließend geht ein besonderer Dank an das Präsidium des Landesvertretertages, bestehend aus dem Tagungsleiter Michael Gutsmuths, den Stellvertreterinnen Anja Katillus und Denise Berndt sowie den Protokollantinnen Katrin Busch und Siegrid Brückner. Außerdem auch an die Mitglieder des Ältestenausschusses Heino Graaf und Wolfgang Brückner, die in souveräner Manier für den reibungslosen Ablauf des 8. Landesvertretertages des BSBD-Landesverbandes MV sorgten.

*Text von Matthias Nicolai*



## Verband Bildung und Erziehung MV

# Fortbildung für verbeamtete Lehrkräfte

Auch in diesem Jahr führte der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem dbb m-v wieder Fortbildungsveranstaltungen zum Staatsrecht, Staatsaufbau und zu den Grundlagen des Verwaltungsrechts durch.

Die Fortbildungen fanden am 12. November 2018 in Greifswald in der Aula des Humboldt-Gymnasiums sowie am 13. November 2018 in Rostock in der „Gläsernen Aula“ des Schulcampus Rostock-Evershagen statt. Diese Weiterbildung ist eine Voraussetzung für das Bestehen der Probezeit der jungen verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer.

In diesem Jahr waren über 120 junge Pädagogen dem Angebot gefolgt. Den Hauptvortrag hielt Dietmar Knecht,

Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion m-v. Er sprach neben den Haupthemen auch zu den Rechten und Pflichten der Beamten. Danach sprach ein Vertreter der DBV zum Thema Haftungsfragen und Beamtenrecht. Über das System der Beihilfe und Besonderheiten der privaten Krankenversicherung referierte ein Redner der Debeka. Abschließende Hinweise gab der VBE-Landesvorsitzende Michael Blanck.

Alle Redner beantworteten während der Fortbildung beziehungsweise im Anschluss viele Fragen. Dies zeigt, dass auch weiterhin ein großer Bedarf an derartigen Veranstaltungen besteht. Die Fortbildung wird durch das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (IQ-MV) anerkannt.

© VBE MV

Viele Teilnehmer nutzen am Rande der Veranstaltung auch die Möglichkeiten, sich an den Ständen der Debeka, der DBV beziehungsweise des VBE über Angebote zu informieren.

## VDStra. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

# Landesvorstand tagte in Schwerin

**Auch in diesem Jahr tagte der Landesvorstand der VDStra. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten wieder in der Geschäftsstelle des dbb beamtenbund und tarifunion mecklenburg-vorpommern in Schwerin.**

© VDStra. MV

Die Teilnehmer der Landesvorstandssitzung mit dem VDStra.-Bundesvorsitzenden Hermann-Josef Siebigteroth (4. von links)

Landesvorsitzender Ronald Braun thematisierte mit den Vorstandsmitgliedern am 11. Oktober 2018 die tarifpolitische Situation im Allgemeinen, die Arbeitssicherheit, die derzeitige Ausbildungssituation, den Nachwuchsmangel und natürlich die andauernde Unterbesetzung durch den jahrelangen Einstellungsstopp. Die Konsequenzen hieraus seien eine Überalterung der Belegschaft sowie eine permanente Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten, die wiederum zu einem enormen Anstieg der Mehrarbeitsstunden und infolgedessen zu Erkrankungen durch eine stetige Überbelastung führen.

Des Weiteren informierte er über die Vorbereitungen zur anstehenden Tarifrunde mit den Ländern und die Branchentage im Vorfeld. Die in den Gesprächen vor Ort durch die Beschäftigten geäußerten Sorgen und Nöte würden in die Forderungsfindung Ende Dezember 2018 einfließen.

Die Bezirksvorstände berichteten über die Probleme in ihren Bezirken und stimmten überein, dass die Wahrnehmung der Aufgaben in den Straßen- und Autobahnmeistereien durch die Beschäftigten und damit die Sicherheit der Verkehrswege nicht mehr im vollen Umfang gewährleistet werden könnten.

In einem Gespräch mit Verkehrsminister Christian Pegel hatte Landeschef Braun diese Problematik und die Ursachen dafür bereits angesprochen. Anschließend wurden die Abweichungen zum Stand des Arbeitsschutzes in den verschiedenen Bezirken erörtert.

Für große Diskussionen und Unruhe unter den Landesvorstandsmitgliedern sorgte die Infrastrukturgesellschaft Autobahn (IGA) und die damit verbundenen Zukunftsängste der Kolleginnen und Kollegen. Der VDStra.-Bundesvorsitzende Hermann-Josef Siebigteroth informierte über die zurzeit tagenden vier Verhandlungsgruppen zur IGA und Gespräche mit den Arbeitgebern.

In diesem Zusammenhang sprach Ronald Braun den Abfragebogen des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LS) Mecklenburg-Vorpommern zur Wechselbereitschaft an. Hermann-Josef Siebiegeroth erklärte, dass es nach wie vor keine verbindlichen Ergebnisse gebe und noch viele Fragen nicht zufriedenstellend geklärt werden konnten. Die Verunsicherung aller Beschäftigten bei den Straßenbauverwaltungen in ganz Deutschland sei groß. Nicht nur bei denen, die wechseln sollen, sondern auch bei denjenigen, die bei den Straßenbauverwaltungen verbleiben.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei ein Abfragebogen daher nicht sinnvoll. Erst wenn alle noch offenen Punkte geklärt sind und die Konditionen für die Beschäftigten feststehen, könne eine Entscheidung getroffen werden, so Siebigteroth weiter. Sobald spruchreife Entscheidungen anstehen, werde die VDStra.-Fachgewerkschaft hierzu Informationen herausgeben.

komba gewerkschaft

# Landeshauptvorstand tagte in Satow

Am 9. und 10. November 2018 kam der Landeshauptvorstand der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst MV in Satow zu seiner zweiten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Der komba Landesvorsitzende Gerald Krause informierte unter anderem über die Sitzungen des komba Bundesvorstandes vom 3. bis 5. Mai in Königswinter sowie am 12. und 13. Oktober in Fulda. Er dankte der Bundesgewerkschaft für die gute Unterstützung, insbesondere auch bei den erfolgreichen Tarifverhandlungen beim ASB Boizenburg.

© komba m-v

Die Mitglieder des Landeshauptvorstandes der komba m-v am Morgen des zweiten Sitzungstages in Satow

Bezogen auf die komba m-v konnte der Landesvorsitzende berichten, dass die positive Mitgliederentwicklung im Land weiter anhält. Die neuen Mitgliederbereiche gelte es, aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden. In diesem Zusammenhang begrüßte er auch den Gruppenvorsitzenden der neuen Gewerkschaftsgruppe beim ASB Nord-Ost, den Kollegen Görge Wulff.

Darüber hinaus beschäftigte sich der Landeshauptvorstand mit der Vorbereitung des komba Gewerkschaftstages, der am 15. und 16. November 2019 in Gägelow stattfinden wird. Diskutiert wurde unter anderem über die künftige Struktur, Funktionsträger, Satzung, Kostenordnung, Beitragsordnung, Rechtsschutzordnung und vieles mehr.

Außerdem wurde über die aktuelle Haushaltssituation berichtet und es wurde der Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 beschlossen.

Wie immer fanden am Rande der Sitzung und am Abend zahlreiche Gespräche statt und es wurden intensiv Meinungen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedern der unterschiedlichen Regionalgruppen ausgetauscht.

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

# Klausurtagung der Landesgruppe Nord

Am 21. September 2018 traf sich der Vorstand der Landesgruppe Nord der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales zu einer ganztägigen Klausurtagung in den Räumlichkeiten des dbb m-v in Schwerin.

© vbba MV

Der Vorstand der vbba Landesgruppe Nord

Der Vorstand konnte dabei die Jahresplanung für 2019 abschließen und auch Termin und Ort für den Landesgewerkschaftstag 2019, auf dem auch der Landesvorstand Nord neu gewählt wird, endgültig festlegen. Da in 2018 in Schleswig-Holstein getagt wurde, wird der Landesgewerkschaftstag 2019 in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, und zwar vom 24. bis 26. März in der Hansestadt Stralsund.

Von den Landesjugendbeauftragten Lucas Albracht und Rie Jordt wurde die Planung des nächsten vbba Jugendevents in Angriff genommen, welcher bereits am 24. November in Hamburg (Besuch auf dem Weihnachtsmarkt Santa Pauli und eine Comedy-Tour) stattfand. Weiter ging es mit der Nachbereitung des vbba Bundesgewerkschaftstages, der im Juni dieses Jahres stattfand, und der Vorbereitung auf die nächste Bundeshauptvorstandssitzung im November.

Es folgten Berichte aus den Bereichen Vorstand und Kassenwesen sowie den Bereichen Jugend, Frauen und Senioren – auch im Hinblick auf die anstehenden Vorstandswahlen im kommenden Jahr.

*Text von Agnes Ranke, Vorsitzende der vbba Landesgruppe Nord*

SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

# Parlamentarischer Abend

Die SBB-Landesvorsitzende Nannette Seidler und der stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Am 8. November 2018 hat in Dresden der Parlamentarische Abend des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen stattgefunden. Unter dem Motto „Warum Gespräche zwischen Politik und Gewerkschaft so wichtig sind?!“ tauschten sich Gewerkschafter und Politiker aus.

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöller (Bildmitte) am Tisch mit Rainer Wendt (Vorsitzender der DPolG), Cathleen Martin (Vorsitzende der DPolG Sachsen), Christian Hartmann (Fraktionsvorsitzender der CDU) und Dietrich Gökelmann (Präsident der Landesdirektion Sachsen)

Wie wichtig dieses Thema in der heutigen Zeit ist, zeigte sich vor allem an der Gästeliste. Die Landesvorsitzende Nannette Seidler begrüßte an diesem Abend gleich drei Staatsminister: den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig, den Innenminister Prof. Dr. Roland Wöller und den Kultusminister Christian Piwarz. Auch der Fraktionschef der CDU, Christian Hartmann, und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Rico Gebhard, folgten der Einladung. Für die SPD nahmen an diesem Abend Albrecht Pallas, innenpolitischer Sprecher, und für Bündnis 90 / Die Grünen Valentin Lippmann teil.

Den Abend bereichert haben zwei Impulsvorträge von der SBB-Vorsitzenden Nannette Seidler und Alexander Krauß (CDU), Mitglied des Bundestages und Vorsitzender der CDA Sachsen. Beide bewerteten die gemeinsame Gesprächskultur als positiv. Krauß betonte jedoch noch einmal mahnend: „Die Politik muss alle mitnehmen.“ Nannette Seidler bezog in ihrem Impulsvortrag Stellung: „Die zentralen Themen der nächsten Jahre heißen auch in Sachsen und auch in unserer öffentlicher Verwaltung: demografischer Wandel, Digitalisierung, innere und soziale Sicherheit sowie Chancengerechtigkeit. Diese Themen bedürfen politischer Entscheidungen. Lassen Sie uns über all das diskutieren und gern auch streiten. Jedes erreichte Ergebnis ist ein Schritt in unsere gemeinsame Zukunft. Vielleicht ist es jeweils nur ein kleiner Schritt, aber es sollte unbedingt einer in die richtige Richtung sein.“

Der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer formulierte unlängst: „Wir brauchen den Zusammenhalt der Vernünftigen.“ Auch dazu positioniert sich der SBB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften: „Es gibt nur einen Weg – den der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze. In allen Gesprächen, die wir mit Menschen in Gewerkschaften, Politik und Verwaltung führen, werben wir immer wieder dafür vor allem Verbindendes und nicht Trennendes zu suchen. Zusammenhalt lebt von gemeinsamen Werten und Zielen. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, dafür stehen wir als SBB“, so die SBB-Landesvorsitzende Nannette Seidler. ■

Kultusminister Christian Piwarz (Bildmitte) im Gespräch mit Dirk Baumbach (Vorsitzender der FK-Bildung im SBB) und Steffen Winkler (stellvertretender Landesvorsitzende des SBB und Vorsitzender der GK-Tarifrecht im SBB)

## Tagung des SBB-Landesvorstandes

Am 14. November 2018 tagte der SBB-Landesvorstand im Kloster Nimbschen. Auf der Tagesordnung standen die Lageberichte der Landesleitung, der einzelnen Grundsatz- und Fachkommissionen und der Querschnittsvertretungen. Themen wie Haushalt 2019 sowie die Arbeitsaufträge für 2019 wurden diskutiert.

SBB Jugend

# Neue Führungsspitze gewählt

Am 26. Oktober 2018 hat der Landesjugendtag der SBB Jugend stattgefunden. Unter dem Motto „Wir machen den Staat von morgen!“ trafen sich die Delegierten in Dresden.

Den Kopf der SBB Jugend bildet ein ehrenamtlicher Vorstand, der von den Delegierten gewählt wurde. Neuer Vorsitzender ist Henrik Biehle. Er ist Mitglied der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und arbeitet als Kaufmann im Gesundheitswesen bei der AOK PLUS und ist auf kommunaler Ebene tätig. Sein Ziel für die nächsten fünf Jahre: „Die SBB Jugend soll wieder für die Jugend erreichbar sein. Außerdem soll es auf gewerkschaftlicher Ebene Spaß machen. Stärken wir die Zusammenarbeit der Gewerkschaften untereinander, stärken wir die Jugend.“ Außerdem wurden zwei Stellvertreter gewählt: Sören Herrmann ist Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG Sachsen) und mit seinen 16 Jahren das bisher jüngste Mitglied der SBB Jugendleitung. Chris Leon Nemitz hat seine gewerkschaftliche Heimat in der Gewerkschaft Arbeit und Soziales Sachsen (vbba).

© Beatrice Hala@SBB

Stellvertretender Jugendleiter Chris Leon Nemitz und Landesvorsitzende Nannette Seidler

Die Delegierten beschäftigten sich auch mit diversen Anträgen an die Jugend. So standen unter anderem Anträge zu Themen wie Wertschätzung, Qualifizierung, Ausbildungsoffensive und Lehrmittelfreiheit zur Abstimmung. ■

SBB Frauen

# Frauen auf der Überholspur!? Wir machen Staat! – Neuwahlen

„Nichts ist so beständig wie die Veränderung. Nutzen wir die Möglichkeit, unsere Zukunft aktiv mitzugestalten, statt uns von der Veränderung treiben zu lassen. Wir haben jeden Tag die Möglichkeit dazu.“ So stand es auf den Tagungsunterlagen zum 6. Landesfrauenkongress am 8. November 2018 in Dresden.

Schnell wurde den Anwesenden klar, dass die SBB Frauen in den letzten vier Jahren keine Gelegenheit versäumt hatten, an der Zukunftsgestaltung mitzuwirken. So wurde neben dem Ausbau des Netzwerkes und der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der dbb bundesfrauenvertretung und den Landesfrauenvertretungen intensiv für ein modernes Gleichstellungsgesetz und die Anerkennung von Kindererziehungszeiten gekämpft.

## Teich erneut zur Vorsitzenden gewählt

Umso weniger überraschte die einstimmige Wiederwahl der Vorstandsvorsitzenden Tanja Teich, die ihr Amt überwältigt annahm. Ihre neu gewählten Stellvertreterinnen repräsentieren eine bunte Mischung der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände: Monika Dietz (Verband der Lebensmittelchemiker/-innen – VLFS), Tina Jentsch (Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen – LVBS), Margit Liebsch (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft Sachsen – DVG), Gerlind Steiner-Klaiber (Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft – BDZ) und Gabriele Stuhr (Deutsche Steuergewerkschaft – DSTG) freuen sich auf die künftigen Herausforderungen. Einen weiteren Höhepunkt stellte die Ernennung von Margot Sarink als erstes Ehrenmitglied der SBB Frauen dar. Auf ihre Anregungen und kritischen Anmerkungen müssen die SBB Frauen daher nicht verzichten.

© Beatrice Hala@SBB

Die Teilnehmerinnen des Landesfrauenkongresses mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB, Steffen Winkler

Zu den zahlreichen zukünftigen Aufgaben der SBB Frauen gehören weiterhin die Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes, das diskriminierungsfreie Fortkommen in Beurteilungs- und Beförderungssystemen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Gesundheitsmanagement, die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Stärkung des Netzwerkes.

### Öffentliche Veranstaltung

Im Anschluss an die Arbeitstagung des Landesfrauenkongresses begrüßte die Vorsitzende Tanja Teich zahlreiche Gäste zur öffentlichen Veranstaltung. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, berichtete nicht nur über die „Hans-Bremse“ (ZEIT ONLINE vom Oktober 2018) im öffentlichen Dienst. Sie fand auch klare Worte gegen antidemokratische, gleichstellungsfeindliche und destruktive politische Kräfte. Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, stellte die Wichtigkeit eines zeitgemäßen Gleichstellungsgesetzes für die Fachkräftegewinnung heraus. Dr. Daniela Dylakiewicz, Referatsleiterin der Stabsstelle Landesweite Organisationsplanung, Personalstrategie und Verwaltungsmodernisierung in der Sächsischen Staatskanzlei, schilderte den Paradigmenwechsel in der Personalpolitik.

© Beatrice Hala@SBB

Der neue Vorstand der SBB Frauen (von links): Gerlind Steiner-Klaiber (BDZ), Monika Dietz (VLFS), Tanja Teich (DSTG), Margit Liebsch (DVG), Gabriele Stuhr (DSTG) und Tina Jentsch (LVBS)

Im Fokus müssten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Wertschätzung der Mitarbeitenden stehen.

Frank-Peter Wieth, Leiter des Büros der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, sicherte die Unterstützung bei der Modernisierung des sächsischen Frauenförderungsgesetzes zu.

Susanne Köhler, Vorsitzende des Landesfrauenrates e.V., informierte über die kommende „Sächsische Frauenwoche“, welche sich der Thematik der häuslichen und sexualisierten Gewalt an Frauen und Mädchen widmet, und rundete somit die breit gefächerte Agenda des gelungenen Landesfrauenkongresses ab.

*Bericht von Tina Jentsch und Gabriele Stuhr*



GK-Tarifrecht

# Branchentag in der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz

Am 22. Oktober 2018 begannen die vom dbb beamtenbund und tarifunion organisierten Branchentage zur Einkommensrunde 2019 mit einem Treffen der Beschäftigten der Landesverwaltungen in der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz.

Jürgen Kretzschmar, Vorsitzender der DVG Sachsen und stellvertretender Vorsitzender der SBB-Grundsatzkommission Tarifrecht begrüßte dbb Chef Ulrich Silberbach, den DVG-Bundesvorsitzenden Ulrich Stock, Mitglieder der SBB-Landesleitung und den Präsidenten der Landesdirektion Sachsen, Dietrich Gökelmann.

Ziel des Branchentages war es, Erwartungen, Vorstellungen sowie Forderungen der Mitarbeiter aus der Allgemeinen Verwaltung im Landesdienst Sachsens für die anstehenden Tarifverhandlungen beginnend im Januar und endend im März 2019 zum TV-L zu erfahren.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Präsidenten Dietrich Gökelmann und zwei Statements von Ulrich Silberbach und Jürgen Kretzschmar entspann sich eine rege Diskussion zur bevorstehenden Einkommensrunde. Schnell wurde klar, dass nicht nur eine spürbare Einkommensverbesserung zur Schließung der Lücke zur Bezahlung bei Bund und Kommunen erwartet wird (zehn Prozent lineare Erhöhung bei einer modernisierten Tabellenstruktur), auch wenn dieser Lückenschluss essenziell für die Gewinnung von Nachwuchs- und Fachkräften in den Landesverwaltungen ist. Erwartet wird vielmehr auch eine Verbesserung der Entgeltordnung und die stufengleiche Höhergruppierung, die als unerlässlich angesehen werden.

Wichtig sei zudem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinsichtlich Arbeitszeit, Fortbildungsmöglichkeiten, Altersvorsorge, vermögenswirksamer

© Friedhelm Windmüller

Leistungen und der Wertschätzung durch die Vorgesetzten. Kontrovers wurde über die Einführung von leistungsorientierter Bezahlung diskutiert. Einvernehmen bestand hinsichtlich der Forderung, Reisezeiten als Arbeitszeiten anzuerkennen.

Ulrich Silberbach, Verhandlungsführer des dbb bei den Tarifverhandlungen, wies darauf hin, dass das Vergütungssystem ein Verbundsystem sei. Wenn die Arbeitgeber an der einen Stelle Zugeständnisse machen müssen, werden sie an der anderen Stelle sparen wollen. Er versprach, die in Chemnitz gewonnenen Erkenntnisse neben den Hinweisen aus den anderen 19 folgenden bundesweiten Branchentagen in die Forderungsfindung des dbb am 20. Dezember 2018 in der Bundestarifkommission und in die Tarifverhandlungen einfließen zu lassen.

Jede Tarifverhandlung sei eine Suche nach Kompromissen, und überzogene Erwartungen führen allzu oft zu Enttäuschungen. Also gelte es, sachlich und optimistisch zu bleiben, um die Hauptforderungen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen durchsetzen zu können.

## 2. dbb Bundesseniorenkongress

# „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt“

Am 29. und 30. Oktober 2018 tagte der 2. Bundesseniorenkongress des dbb in Berlin. Die Delegierten wählten die neue Geschäftsführung und legten die politischen Leitlinien für die nächsten fünf Jahre fest. Rita Müller, Vorsitzende der SBB Senioren, wirkte im Ältestenrat mit, der gleichzeitig auch Wahlvorstand war.

Von links: Klaus Richter (SBB Senioren), Rita Müller (Vorsitzende SBB Senioren), Dr. Horst Günther Klitzing (Vorsitzender dbb Bundesseniorenen), Norbert Bullmann (stellvertretender Landesvorsitzender SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen)

Zum neuen Vorsitzenden wurde Dr. Horst Günther Klitzing (DPhV) gewählt. In seiner Antrittsrede brachte er sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass nach 28 Jahren Wiedervereinigung immer noch zwei Rentenwerte in Deutschland bestehen. Seine Themen für die nächsten fünf Jahre: Digitalisierung, Mobilität und Pflege.

## GK Tarifrecht

# Branchentag für Lehrkräfte in Dresden

Auf dem Branchentag des dbb beamtenbund und tarifunion am 12. November 2018 in Dresden diskutierten zahlreiche Mitglieder der dbb Lehrergewerkschaften Sächsischer Lehrerverband (SLV), Philologenverband Sachsen (PVS) und Berufsschullehrerverband (LVBS) sehr offen und konstruktiv ihre Forderungen für die Einkommensrunde 2019 mit den Ländern.

In seinen einleitenden Worten stellte Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, klar: „Eine Hauptforderung aus meiner Sicht muss die stufengleiche Höhergruppierung sein. Hier sollten wir endlich zu den Beschäftigten von Bund und Kommunen aufschließen, in deren Bereich dieser Punkt bereits Geschichte ist.“ Themen waren auch eine Neustrukturierung der Entgelttabellen, einschließlich einer weiteren Erhöhung des Betrages der Erfahrungsstufe 6, die in der Tarifrunde 2017 von den Gewerkschaften erkämpft wurde. Nach dem guten Ergebnis, das die Gewerkschaften in den Verhandlungen mit Bund und Kommunen im Frühjahr 2018 erreicht haben, müsse der finanzielle Rückstand zu diesem Tarifabschluss aufgeholt werden.

Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, brachte ein weiteres Grundproblem auf den Punkt: „Die Arbeitgebervertreter der TdL sind immer noch im Sparmodus verhaftet. Sparmodus war aber gestern, jetzt ist die Zeit des Investierens, um den öffentlichen Dienst leistungsfähig und gegenüber Arbeitgebern der Privatwirtschaft wettbewerbsfähig im Kampf um den Nachwuchs zu machen.“

Gewerkschaftstag dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

# Zu wenig Frauen in Leitungsfunktionen

**Auf dem 7. Gewerkschaftstag der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt am 24. Oktober 2018 in Magdeburg wurde Michaela Neersen mit überwältigender Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt.**

Heimatgewerkschaft der 54-Jährigen ist die Gewerkschaft der Versorgungs- und Sozialverwaltung (GdV). Neersen, die viele Jahre im Sozialministerium gearbeitet hat, unter anderem als Referentin mit den Schwerpunkten Familie und Frauen, ist seit 2014 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr.

Zum neu gewählten Führungsteam gehören auch Annette Dölle (Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft – DVG) als Erste stellvertretende Vorsitzende und Janine Dietz (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS) als Zweite stellvertretende Vorsitzende.

## Gendergerechte Politik: Öffentlicher Dienst soll Vorbild sein

Bei der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages forderte die Vorsitzende der dbb frauen, dass eine 50-Prozent-Quote für die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen in der Landesverwaltung gesetzlich festgeschrieben wird. Die Landesregierung habe in ihrer Koalitionsvereinbarung zwar angekündigt, bis 2021 50 Prozent der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, sei davon aktuell jedoch weit entfernt.

„Wir brauchen Sanktionen, wenn die gesetzlich vereinbarten Ziele nicht erreicht werden. Da bleibt der Stuhl dann eben leer, wenn für ein Gremium nicht genügend Frauen vorgeschlagen werden“, betonte Neersen.

Generell müssten im öffentlichen Dienst mehr Frauen Führungspositionen besetzen. Teilzeitbeschäftigung dürfe dabei kein „Karriere-Killer“ sein. Die der dienstlichen Beurteilung zugrunde liegenden Kriterien dürften beispielsweise nicht dazu führen, dass weniger Arbeitszeit gleichgesetzt wird mit schlechterer Arbeitsleistung. „Die Anzahl der Arbeitsstunden ist kein Beurteilungskriterium. Deshalb fordern wir eine Abkehr von der Präsenzkultur am Arbeitsplatz hin zu einer Ergebniskultur und einer stärkeren Berücksichtigung der beim familiären Engagement erworbenen Fähigkeiten“, sagte Neersen.

Der öffentliche Dienst müsse bei der Umsetzung einer gendergerechten Politik eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu gehöre auch ein modernes Gleichstellungsgesetz, das die Landesregierung im Dialog mit den Gewerkschaften auf den Weg bringen muss. Die dbb frauenvertretung sei bereit, ihre Kompetenz aus der Arbeit in den verschiedenen Verwaltungen des Landes einzubringen.

Helene Wildfeuer, Bundesvorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sieht die Landesregierungen in der Pflicht, sich explizit und stärker als bisher für die Umsetzung der Gleichstellung im öffentlichen Dienst einzusetzen. „Die Landesregierungen können einen entscheidenden Teil dazu beitragen und sich für eine geschlechtergerechte Beurteilungs- und Beförderungspraxis in den Verwaltungen einsetzen. Was in den Ländern positiv wirkt, hat Strahlkraft auf den Bund und umgekehrt. Hier sollten Bund und Länder an einem Strang ziehen“, betonte Wildfeuer in ihrem Grußwort.

© dbb sachsen-anhalt (2)

„Der Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen ist unbefriedigend.“ Von links: Michaela Neersen, Iris Herfurth, Hubert Böning, Helene Wildfeuer

## Wildfeuer: Quotenregelungen ausweiten

Mit Blick auf Hubert Böning, Staatssekretär des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung, appellierte Wildfeuer, sich über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinweg für die Rechte der Frauen starkzumachen. „Ich erinnere an die Initiative der Landesregierungen, welche die Frauenquote für Aufsichtsgremien erst ermöglicht hatte. Diesen Vorstoß haben wir von Anfang an unterstützt. Und der Erfolg gibt uns Mut weiterzukämpfen. Deshalb werben wir heute auch in Sachsen-Anhalt dafür, die Forderung der Bundesjustizministerin Katarina Barley nach einer Ausweitung der Quotengesetzgebung auf den öffentlichen Dienst zu unterstützen“, bekräftigte Wildfeuer ihre Forderung.

Böning selbst leitete sein Grußwort an die dbb frauen mit einem ernüchternden Fazit ein: „Der Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen der öffentlichen Verwaltung und in Gremien und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, ist unbefriedigend. Das Ziel der Koalitionäre, die Parität hinsichtlich des Anteils der Frauen in Gremien und Unternehmen mit Landesbeteiligung bis 2017 umzusetzen, wurde nicht er-

Die Frauenvertretungen der dbb Mitgliedsgewerkschaften wählen den neuen geschäftsführenden Vorstand der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt.

reicht.“ Der Frauenanteil liege hier nur bei 29 Prozent, bei öffentlich-rechtlichen Stiftungen gar nur bei 26 Prozent.

Oft stoße man bei der Gremienbesetzung mit Frauen auf praktische Schwierigkeiten. Die zu besetzenden Gremienposten seien in der Regel an Führungspositionen geknüpft und die seien oft männlich besetzt. Böning: „Da sind noch große Anstrengungen bei allen Ressorts notwendig, um den Frauenanteil in Gremien deutlich zu erhöhen. Im ersten Quartal des kommenden Jahres wird das Ministerium dann einen nächsten Bericht vorlegen.“

Zur Verbesserung der beruflichen Chancen insbesondere von Frauen im öffentlichen Dienst werde die Landesregierung das bestehende Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz für Frauen und Männer weiterentwickeln. Insbesondere sollen die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. Ein Regierungsentwurf liege vor und sei derzeit in der Ressortabstimmung. „Ein gutes Gesetz braucht Zeit“, sagte Böning. Er lud die dbb frauenvertretung ein, nach der Kabinettsbefassung und Freigabe zur Anhörung zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

### Großer Erfolg: Einführung der Familienpflegezeit auch für den Beamtenbereich

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes“, sagte Iris Herfurth, stellvertretende dbb Landesvorsitzende. Ausgewogene Vereinbarkeit und stabile Einkommensverhältnisse – darum gehe es Familien heute.

Und auch diejenigen, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, müssten die Chance haben, weiterhin im Beruf zu bleiben. Herfurth verwies in diesem Zusammenhang auf das im Juni dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften. Im Landesbeamtengesetz wurde die bereits seit Januar 2012 für Beschäftigte geltende Familienpflegezeit auch für die Beamtinnen und Beamten des Landes übernommen. „Die Einführung der Familienpflegezeit auch für den Beamtenbereich ist ein großer Erfolg“, äußerte Herfurth. Hier werde der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung getragen.

### Politische Ausrichtung beschlossen

Neben der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes bestimmten die Delegierten im geschlossenen Teil des Gewerkschaftstages die gewerkschaftspolitische Ausrichtung für die kommenden fünf Jahre.

Ein Arbeitsschwerpunkt der gewerkschaftspolitischen Arbeit der dbb frauenvertretung wird demnach die Vereinbarkeit von Familie, Pflege von Angehörigen und Beruf sein. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. In Zeiten des Fachkräftemangels und demografischen Wandels, der auch vor dem öffentlichen Dienst nicht haltmacht, werde es notwendig, dass alle Beschäftigten in dem von ihnen gewünschten Umfang arbeiten können. Eine gute Vereinbarkeit helfe außerdem nicht nur im Kampf um Fachkräfte, sondern trage zugleich dazu bei, dass Frauen bei der Karriere, in Führungspositionen und den Verdienstmöglichkeiten mit den Männern gleichziehen.

Ferner leistet die Einführung von Telearbeit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben. So kann die Betreuung von Kindern oder zu betreuender Angehöriger besser organisiert werden. Zudem sind Telearbeitsplätze ein geeignetes Mittel, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. In Sachsen-Anhalt ist der Bereich noch ausbaufähig. ■



## Landesgewerkschaftstag des BTB Sachsen-Anhalt

# Jakobs als Landesvorsitzender bestätigt

Am 28. September 2018 fand der 8. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft Sachsen-Anhalt (BTB) statt. Manfred Jakobs wurde von den Delegierten erneut das Vertrauen ausgesprochen und zum Landesvorsitzenden des BTB wiedergewählt. Sein Stellvertreter wurde Daniel Kern.

Der 59-jährige Jakobs ist seit 2009 Vorsitzender des BTB und im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt als Sachbearbeiter für Bodennutzung und -schätzung zuständig. Ferner ist Jakobs 1. stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV).

Auf der öffentlichen Veranstaltung begrüßte Jakobs neben den Delegierten des BTB-Gewerkschaftstages auch den Staatssekretär des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr, Dr. Sebastian Putz, den Präsidenten des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, Jörg Spanier, sowie den 1. stellvertretenden Vorsitzen-

Der neue BTB-Vorstand: Dieter Engelmann, Frank Weigel, Heike Jakobs, Manfred Jakobs, Michael Hietkamp, Dr. Daniel Kern, Steffen Schleef und Steffen Lorenz (von links)

den des dbb sachsen-anhalt, Ulrich Stock.

## Fachkräftemangel im Fokus

Jakobs betonte, er sehe den Fachkräftemangel in den technischen Bereichen der Landesverwaltung mit großer Sorge. Durch den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt, der sich durch den demografischen Wandel absehbar noch verschärfen werde, könne immer weniger qualifizierter Nachwuchs für die technischen Fachrichtungen des öffentlichen Dienstes gewonnen werden. Hinzu komme, dass die Wirtschaft durch ihre höheren Gehälter im Wettbewerb um die wenigen Absolventinnen und Absolventen der technischen Studiengänge deutlich im Vorteil sei. „Der reine Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zählt nicht mehr. Künftig muss ein ‚Warenkorb' vorgehalten werden, der Ausbildung, duales Studium und auch Verbeamtung beinhaltet. Es müssen moderne Strukturen für Ausbildung und Betreuung der Nachwuchskräfte gefunden werden", forderte Jakobs.

Ab 2019 sei von der Landesregierung geplant, zehn Auszubildende pro Jahr für die Geoinformationsverwaltung einzustellen und die regionale Ausbildung zu aktivieren. Der BTB begrüße diesen Schritt, halte ihn aber nicht für ausreichend. Eine Ausbildung zum Vermessungstechniker im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt finde derzeit gar nicht statt und sei auch nicht geplant. „Und dies, obwohl wir in Gesprächen mit dem MLV immer wieder auf das Nachwuchsproblem aufmerksam gemacht haben", kritisiert Jakobs. Das Gleiche gelte im mittleren und gehobenen Dienst.

Erschwerend komme hinzu, dass die Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen veraltet seien. „Selbst, wenn sofort Planstellen bereitstehen würden, kann eine Ausbildung wegen fehlender Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen nicht erfolgen", so Jakobs. Ferner haben der neue Beruf des Geomatikers sowie die Bachelorabsolventen der Geoinformationen wegen fehlender Regelungen keinen Zugang zum Berufsbeamtentum in Sachsen-Anhalt. Hier müsse, so Jakobs mit Blick auf Staatssekretär Putz, das MLV tätig werden.

Als weitere große Herausforderung benannte Jakobs die Überführung von Aufgaben und Personal für Bundesfernstraßen vom Dienstherren „Land" an den „Bund". Hier bestehe die Gefahr, dass die Schaffung neuer Strukturen auf dem Rücken der Bediensteten ausgetragen werden. „Die Übergangsbedingungen für das Personal müssen im Vorfeld feststehen. Ein Übergang gegen den Willen der Bediensteten werden wir nicht dulden", mahnte Jakobs.

## Putz: Qualifiziertes Personal für öffentlichen Dienst unerlässlich

Auch seien starre Regelungen für die Einstiegs-Entgeltgruppen für die Tarifbeschäftigten zu lockern und eine höhere Einstiegs-Entgeltgruppe zu schaffen, wie es auch schon in anderen Bundesländern praktiziert werde. „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass mit den bestehenden niedrigen Einstiegs-Entgeltgruppen keine geeigneten Bewerber gefunden werden", so der Landesvorsitzende.

Der 1. stellvertretende dbb Landesvorsitzende Stock mahnte in seinem Grußwort, das Nachwuchsproblem nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. „Das Land muss dringend gegensteuern. Die Beschäftigten sind an der Belastungsgrenze angelangt", sagte Stock.

Staatssekretär Putz betonte in seinem Grußwort: „Qualifiziertes Personal im öffentlichen Dienst ist unerlässlich." Er stellte die Erhöhung der Ausbildungsvergütung für das technische Referendariat in Aussicht. Bis zum Jahr 2025 werden 500 Stellen im nachgeordneten Bereich (200 Stellen in der Geoinformationsverwaltung; 300 Stellen in der Straßenbauverwaltung) des MLV neu zu besetzen sein. Dieser Personalabgang müsse geschultert werden. Gemeinsam mit Hochschulen, Gewerkschaften und Berufsverbänden werde das MLV Projekte und Veranstaltungen zur Fachkräftegewinnung initiieren.

Der technische Wandel bedeute für die Verwaltung, Weichen für digital gestützte Innovationen und Vernetzung der logistischen Infrastruktur zu stellen. Hier betonte Putz, dass dem demografischen Wandel mit einem beschleunigten Breitbandausbau entgegenzuwirken sei. Zudem gelte es, Geobasis- und Geofachdaten zusammenzuführen.

Hinsichtlich der abzugebenden Bundesautobahnen an die neue Bundesfernstraßenverwaltung unterstützt das MLV eine bundesweite Initiative zum Stellenübergang. Dem Land gingen hier 330 Vollzeitäquivalente hochqualifiziertes Personal verloren. Der neue Sitz des Bundesfernstraßenamtes in Leipzig und die Standorte der Infrastrukturgesellschaft in Halle und Magdeburg würde das Werben um qualifiziertes Personal nicht einfacher machen.

© Christian Hüller, Unternehmensfotografie

Exklusiver Abend

# BBBank für den öffentlichen Dienst

Am 7. November 2018 begrüßte BBBank-Vorstandsvorsitzender Professor Wolfgang Müller zahlreiche Gäste der dbb Fachgewerkschaften zu einem „Exklusiven Abend“ in der Eventhalle Halber 85 in Magdeburg. Gastrednerin war Sahra Wagenknecht, Mitglied des Deutschen Bundestages und Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke.

Müller ging in seiner Ansprache auf die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für Deutschland und Europa ein. Er sagte, dass es nur mit einem leistungsstarken und motivierten öffentlichen Dienst eine stabile Zukunft geben könne. Er sei ein wichtiger Berater und Impulsgeber für die Politik und trage damit auch zur Sicherung des Lebensstandards bei.

Wagenknecht plädierte in ihrer Rede für einen attraktiven öffentlichen Dienst, der unverzichtbar für eine soziale und solidarische Gesellschaft sei. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisteten gute Arbeit und verdienten für ihr Engagement Wertschätzung. Wagenknecht kritisierte den Personalabbau in Bund und Ländern in den vergangenen Jahren und sprach sich für Neueinstellungen vor allem in den Bereichen Bildung, Polizei und Pflege aus. ■

**Hintergrund**

Die BBBank lädt jedes Jahr im Herbst Kunden und Interessenten zu ihrer Veranstaltungsreihe „Exklusive Abende für den öffentlichen Dienst“ ein. Zentraler Bestandteil dieser Abende sind Ansprachen des Vorstandes und Vorträge prominenter Gastredner aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft.



Seniorenvertretung

# Infoveranstaltung zur Pflegeversicherung

Am 8. November 2018 hat die Seniorenvertretung des dbb Landesbundes zu einer Informationsveranstaltung zum Pflegeversicherungsrecht nach Magdeburg eingeladen. Referent war Martin Lehwald vom Sozialamt der Landeshauptstadt Magdeburg, Koordinator im Netzwerk „Gute Pflege Magdeburg“.

Schnell wurde klar: Mit der Pflegeversicherung sollte man sich vertraut machen, solange man gesund ist. Die Devise lautet deshalb: sich sachkundig machen, zum richtigen Zeitpunkt den Antrag stellen und kein Geld verschenken.

Tritt der Versicherungsfall ein, erbringt die Versicherung Geld- oder Sachleistungen, um die erforderliche Pflege ganz oder teilweise zu gewährleisten. Die wohl bekannteste und am meisten in Anspruch genommene Leistung der Pflegeversicherung ist das Pflegegeld. Es wird von der Pflegekasse auf Antrag gezahlt, wenn Angehörige, Freunde, Bekannte oder Ehrenamtliche die pflegebedürftige Person in der eigenen Wohnung pflegen.

## Pflege: Ein sehr komplexes Thema

Dass zum Teil auch Kosten der Nacht- und Tagespflege als Formen der teilstationären Pflege von der Pflegeversicherung übernommen werden, ist schon weniger bekannt. Zudem beantwortete Lehmann noch viele weitere Fragen zum Thema: In welchen Fällen gibt es Leistungen aus der Pflegekasse? Was müssen die Versicherten tun? Ab wann zahlt die Pflegeversicherung? Antrag abgelehnt – was tun? Was zahlt die Pflegeversicherung?

Wer schon einmal einen Angehörigen gepflegt hat, kennt auch die Herausforderungen, die beste Pflege zu finden. Das Netzwerk „Gute Pflege Magdeburg“, ein Zusammenschluss von Pflegeexperten aus Magdeburg und den umliegenden Landkreisen, hilft bei der Suche nach den richtigen Ansprechpartnern. Ziel ist es, die Pflege zu verbessern und noch stärker zu vernetzten. ■

© dbb sachsen-anhalt

Helmut Liebermann, tbb Landesvorsitzender

© pixabay.com

## tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

# Jahresrückblick 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das laufende Kalenderjahr 2018 neigt sich dem Ende.

Im kommenden Jahr werden die nächsten Landtagswahlen in Thüringen stattfinden. Da ist ein Endspurt angesagt.

Blicken wir zunächst auf das zu Ende gehende Jahr zurück, so stellen wir fest, dass deutlicher als in den Vorjahren geworden ist, dass das Thema Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst wesentlich an Bedeutung gewonnen hat. Die Gewohnheit der früheren Jahre, personell aus dem Vollen schöpfen zu können, ist Vergangenheit. Schwierigkeiten in allen Bereichen, geeignete Nachwuchskräfte zu finden, erfordern ein grundlegendes Umdenken.

„Wir verstärken die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst. Wir wollen die besten Köpfe für den Freistaat gewinnen. Wir wollen alle Berufsanfänger beim Berufseinstieg besser stellen und erhöhen dazu die Eingangsbesoldung durch Streichung der jeweils ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen.“ Nein, dieses Zitat bezieht sich nicht auf Thüringen, sondern entstammt der Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und Freien Wählern in Bayern.

„Im Januar 2019 beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wie zwischen 2013 und 2018 streben wir auch diesmal eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger an. Arbeitszeit und Sonderzahlungen bleiben unangetastet.“ Auch dieses Zitat ist der erwähnten Koalitionsvereinbarung entnommen.

Damit werden Maßstäbe im föderalen Wettbewerb gesetzt. Am 20. Dezember dieses Jahres werden die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes in Berlin die Forderungen für die Tarifrunde 2019 beschließen, bei der es um die Beschäftigten der Länder geht. Für die Übertragung dieser Ergebnisse auf die Besoldung der Thüringer Beamten des Landes und der Kommunen wird der Thüringer Landtag eine gesetzliche Regelung finden müssen. Wir fordern unsere Landesregierung auf, diese Signale zu beachten und nicht zuzulassen, dass Thüringen abgehängt bleibt, stattdessen die Absicht zur zeit- und systemgerechten Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger noch vor Beginn der Verhandlungen öffentlich zu machen.

Weitere Themen stehen auf der Agenda für 2019. Wegen der Landtagswahl im Oktober bleibt weniger Zeit als in anderen Jahren. Die Verabschiedung des lange diskutierten und nunmehr weitgehend fertiggestellten neuen Personalvertretungsgesetzes ist eines dieser Themen. Wir haben den Parlamentariern der Regierungskoalition verdeutlicht, dass es notwendig ist, eventuelle Maßnahmen zur Umsetzung der Verwaltungsreform keinesfalls unter den Gegebenheiten des bisherigen ThürPersVG durchzuführen. Dies erfordert, das Personalvertretungsgesetz mindestens gleichzeitig mit dem Verwaltungsreformgesetz zu verabschieden.

Apropos Verwaltungsreform: Ihnen ist bekannt, dass wir einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, der die Verwaltungsreform begleitet. Darin sind eine ganze Reihe von Festlegungen mit der Landesregierung rechtsverbindlich und einklagbar vereinbart worden, die die Beschäftigten im Landesdienst schützen. Die Übertragung dieser Festlegungen auf den Beamtenbereich dürfte, soweit notwendig und sinnvoll, selbstverständlich sein, ist aber noch eine Aufgabe der nächsten Wochen und Monate.

„Die Beamten und die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst sind ein Grundpfeiler der Stabilität Bayerns. Ein starker Staat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören untrennbar zusammen. Wir wollen daher auch weiterhin für die beste Bezahlung der Beamten im bundesweiten Vergleich sorgen und dafür auch die Kommunen weiterhin gut ausstatten. Wir sagen ‚Ja‘ zum Beamtenstatus und zum Berufsbeamtentum. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab.“ Dieses Zitat, ebenfalls aus der bayerischen Koalitionsvereinbarung, muss Grundlage auch für Thüringer Politik sein. Solange es den föderalen Wettbewerb gibt, muss sich auch unser Freistaat dieser Herausforderung stellen.

Beim Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr wollen wir nicht vergessen, dass es auch Positives gab und einige der Forderungen des tbb und seiner Mitgliedsverbände umgesetzt wurden. Die Festlegungen des TMIK zu wesentlich mehr Einstellungen im Polizeibereich ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Verbesserung der Besoldung der Regelschullehrer, auch wenn damit lediglich eine Lücke im Vergleich zu allen umgebenden Bundesländern geschlossen wird.

Jetzt wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames, fröhliches und gesundes Weihnachtsfest sowie alles Gute für das kommende Kalenderjahr 2019. Danke für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres, sowohl an Ihrem Arbeitsplatz als auch im Rahmen unseres Einsatzes für den öffentlichen Dienst.

*Ihr Helmut Liebermann,*
*tbb Landesvorsitzender*

tlv thüringer lehrerverband

# 7. Landesdelegierten-versammlung

**Die Landesdelegiertenversammlung, das höchste Gremium des tlv thüringer lehrerverbandes, tagte vom 16. bis zum 17. November 2018 in Zeulenroda. In diesem Jahr sind der Einladung 108 Delegierte und Gastdelegierte aus den Kreisverbänden gefolgt.**

© Friedhelm Windmüller (5)

Die tlv Landesleitung in neuer Besetzung

Im Rahmen der Versammlung wurde die Landesleitung, die die Geschicke des Verbandes die nächsten fünf Jahre leitet, neu gewählt. Außerdem wurden die Schwerpunkte für die Verbandsarbeit der nächsten Jahre festgelegt.

Der langjährige Vorsitzende Rolf Busch wurde für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Auch seine drei Stellvertreter Frank Fritze, Bernd Fröhlich und Uwe Sommermann sind in ihren Ämtern bestätigt worden. Neu hinzugewählt wurde Anne-Katrin Leinhos als vierte Stellvertreterin. Fred Hamann übernahm das Amt des Schatzmeisters von Jürgen Nowak, der dieses Amt 19 Jahre bekleidete.

Der Einladung zu Gesprächen im Rahmen der Landesdelegiertenversammlung folgten auch zahlreiche Thüringer Politiker aus Landesregierung und Opposition. Bereits am Freitagabend wandte sich Helmut Holter, Thüringens Minister für Bildung, Jugend und Sport, mit einer Ansprache an die Delegierten. Er gratulierte der neuen tlv Landesleitung zu ihrer Wahl und betonte, wie wichtig der Verband als starke Interessenvertretung für die Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen sei. „Ich brauche den Druck vom tlv, um für Sie Politik machen zu können“, so Holter.

Am Samstagvormittag diskutierten bei einer ersten Podiumsdiskussion Christian Tischner, Bildungspolitischer Sprecher der CDU, und Torsten Wolf, Bildungspolitischer Sprecher der Linken, mit Helmut Liebermann, Landesvorsitzender des tbb, und Uwe Sommermann, stellvertretender Landesvorsitzender des tlv. Thema war die Frage, wie die angestrebte Unterrichtsgarantie gelingen kann.

Eine zweite Podiumsdiskussion behandelte das Thema „Bildung in Thüringen heute und morgen“. Hierzu war neben Frank Fritze, stellvertretender Landesvorsitzender des tlv, und Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, der Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Wolfgang Tiefensee, eingeladen. Für den erkrankten Mike Mohring, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, sprach erneut Christian Tischner.

In seiner Ansprache an die Delegierten und geladenen Gäste dankte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow den Lehrerinnen und Lehrern und äußerte Verständnis für ihre Situation, sprach jedoch im Hinblick der an die Politik geäußerten Bitten von einer „Quadratur des Kreises“. Nach seinem Redebeitrag kam er direkt mit den Lehrerinnen und Lehrern ins Gespräch. Er beantwortete konkrete Fragen zu Situationen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vorfeld formuliert hatten.

Rolf Busch stellte im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung am Samstagvormittag außer-

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Helmut Holter, Thüringens Minister für Bildung, Jugend und Sport

Podiumsdiskussion zur angestrebten Unterrichtsgarantie

dem die neue Kampagne des tlv vor. Unter dem Motto „Es geht auch anders“ wird sich der Verband in der kommenden Legislaturperiode vor allem für die Einsetzung multiprofessioneller Teams aus Lehrpersonen, Sonderpädagogen, Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Schulgesundheitsfachkräften und Weiteren an den Schulen starkmachen. Denn nur so, erklärte Busch, könnten sich die Lehrerinnen und Lehrer auch langfristig ihrer eigentlichen Aufgabe widmen: dem Unterrichten.

*Bericht von Juliane Moghimi*

## Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB) Thüringen

# Mitgliederversammlung im Rahmen des Landesverbandstages

**Am 9. November 2018 fand die jährliche Mitgliederversammlung des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB) Thüringen in Erfurt statt.**

Laut Satzung ist der Landesverbandstag eines der obersten Organe des DGVB-Landesverbandes Thüringen und wird jährlich einberufen. Es ist ein Ausdruck der Wertschätzung und Verbundenheit zwischen dem Dienstherrn und seinem Beamten, dass in den vergangenen Jahren zu den Landesverbandstagen Vertreter des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz wie auch des Thüringer Oberlandesgerichts begrüßt wurden.

Als Gäste wurden dieses Jahr willkommen geheißen vom TMMJV Herr Kunz, Frau Strack und Herr Benner sowie vom Thüringer Oberlandesgericht Frau Baumann (Vizepräsidentin), Herr Florschütz und Frau Witter. Nach einer kurzen Begrüßungsrede durch die Vorsitzende des DGVB-Landesverbandes Thüringen, Jana Weber, richteten die Gäste einige Grußworte an die Mitglieder.

Hierbei wurden Themen der Verbandsarbeit aufgegriffen und einige erklärende Ausführung gemacht. Herr Kunz überbrachte zugleich eine sehr erfreuliche Botschaft an die Gerichtsvollzieher: die Aufhebung der Deckelung der Vollstreckungsvergütung.
Im Vorfeld gab es reichlich Abstimmungsbedarf zwischen dem TMMJV und dem TFM, bevor man sich auf den nun vorliegenden Gesetzentwurf einigen konnte. Es bleibt zu hoffen, dass dieser die erforderliche Zustimmung erhält.

Eines der in diesem Jahr dominierten Themen war das Thema Sicherheit. Es waren einige Gespräche und Schreiben erforderlich, um argumentativ den Rahmen des Sicherheitspaketes abzustecken.

### Sicherheitswesten

Im Landeshaushalt 2018/2019 sind die Mittel für die Anschaffung von Sicherheitswesten der Kategorie 1 (stich- und schusssicher) eingestellt. Eine Bedarfsabfrage bei den in Thüringen tätigen Gerichtsvollzieherin ergab, dass 70 Prozent einer Beschaffung zustimmen und 30 Prozent keine Sicherheitsweste im Dienst benötigen. Die Termine für die erforderliche Ausmessung der Gerichtsvollzieher sind für November 2018 bereits bekanntgegeben. Mit einer Auslieferung der Sicherheitswesten wird im Frühjahr 2019 zu rechnen sein.

### Indikationsimpfung Hepatitis

Die Kostenübernahme der Indikationsimpfung Hepatitis B im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn war auch in diesem Jahr wiederholt auf der Tagesordnung vieler Gesprächstermine. Unstrittig ist, dass mit den gestiegenen Sicherheitsrisiken auch eine zunehmende Ansteckungsgefahr mit Hepatitis B verbunden ist. Dies wurde nunmehr erkannt und eine Kostenübernahme seitens des TMMJV im Rahmen des Arbeitsschutzes zugesichert. Die Durchführung der Schutzimpfung wird durch das Thüringer Oberlandesgericht organisiert und soll im Jahr 2019 den Gerichtsvollziehern ermöglicht werden.

Vorstand des DGVB-Landesverbandes Thüringen - Christian Schneider, Doreen Donner, Jana Weber (von links)

### Auskunftssperre

Eine Auskunftssperre bei der Kfz-Zulassungsbehörde bezüglich der Kennzeichen der im Außendienst genutzten Pkw (Nutzung des privaten Pkw für dienstliche Zwecke) der Gerichtsvollzieher erachtet der Berufsverband als zwingend notwendige Sicherheitsmaßnahme. Die Mitglieder des DGVB-Landesverbandes Thüringen bitten ihren Dienstherrn um Unterstützung und fordern ihn auch auf, diese Forderung argumentativ gegenüber den Verwaltungsbehörden zu unterstützen und an einer Umsetzung dieser aktiv mitzuwirken.

### „Nichts ist so beständig wie die Veränderung“

Der Landesverbandstag fordert nicht nur den Kassen- und Tätigkeitsbericht des Vorstandes, sondern bietet die Möglichkeit für fachliche Diskussionen.

„Nichts ist so beständig wie die Veränderung“ – nach diesem Motto gilt es, auch im Bereich des Gerichtsvollzieherwesens nach der Übertragung neuer Aufgaben zu suchen. Die Reform der Sachaufklärung im Jahr 2013 brachte dem Gerichtsvollzieher im Rahmen der Zwangsvollstreckung die Informationsgewinnung durch die sogenannten Drittstellenauskünfte gem. § 802 l ZPO bei der Deutschen Rentenversicherung (Arbeitgeberabfrage), Kraftfahrt-Bundesamt (Kfz-Abfrage) und Bundeszentralamt für Steuern (Kontenabfrage). Logisch und zwangsläufig wäre die Übertragung der Forderungspfändung auf den Gerichtsvollzieher – eine Notwendigkeit, um die Zwangsvollstreckung erfolgreicher und effektiver zu gestalten.

*Bericht von Jana Weber*

## Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) Thüringen

# Besuch der Landtagssitzung in Erfurt

**Auf Einladung des Abgeordneten Rainer Kräuter von der Landtagsfraktion Die Linken haben sich die Landesvorsitzende der GdV Thüringen, Monika Rudolf, und die Landesleitungsmitglieder am 7. November 2018 zu einer Diskussionsrunde im Thüringer Landtag getroffen.**

GdV-Mitglieder und ihre Vorsitzende Monika Rudolf zu Besuch beim Abgeordneten Rainer Kräuter

Kräuter schilderte seinen Werdegang vom Streifenpolizisten zum Landtagsabgeordneten und beschrieb einen Arbeitsalltag, welcher keine normale Arbeitszeit hat und gern auch mal in den Abendstunden und am Wochenende stattfindet. Schon in den Neunzigerjahren setzte er sich als Vorsitzender der Kreisgruppe Saalfeld der Gewerkschaft der Polizei erfolgreich gegen verschiedene Missstände bei der Thüringer Landespolizei zur Wehr.

Die anstehende Verwaltungsreform und die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes waren zentrale Themen der Gesprächsrunde mit dem Abgeordneten Kräuter. Er teilte mit, dass das Personalvertretungsgesetz (PV-Gesetz) leider nicht so zügig wie erwartet entschieden werde. Es liege dem Abgeordneten sehr am Herzen und er werde sich immer mit aller Kraft für die Belange der Mitarbeiter einsetzen.

Im Rahmen der Verwaltungsreform wurde am 8. Oktober 2018 ein Maßnahmenpaket beschlossen, um für die Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen zu schaffen. Alle Beschäftigte deren Arbeitsplatz wegfällt, werden von dem neuen Tarifvertrag geschützt. Grundsätzlich soll es betriebsbedingte Kündigungen nicht geben. Der geschlossene Tarifvertrag umfasst alle Reformmaßnahmen von Anfang 2017 bis zum Ende der Reform 2020.

Zum Abschluss dieses Besuches hatte die GdV-Landesleitung die Möglichkeit, eine aktuelle Stunde im Landtag zu besuchen. Von der Besuchertribüne aus konnten alle Gäste die teilweise sehr kontroversen Fraktionsdebatten zu den auf der Tagesordnung festgelegten Themen verfolgen. Es war für alle ein erfahrungsreicher Tag, wobei jeder mit seinen eigenen Eindrücken den Heimweg angetreten hat.

*Bericht von Monika Rudolf*

tbb Senioren

### Besuch der Anna-Amalia-Bibliothek

Anfang Oktober waren die Seniorinnen und Senioren des tbb in der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar.

Diese Bibliothek zählt seit 1998 zu den vom Welterbe-Komitee in die Liste des Erbes der Welt aufgenommenen Objekten des Ensembles „Klassisches Weimar“.

Herzogin Anna Amalia ließ das „Grüne Schlösschen“ aus dem 16. Jahrhundert zur Bibliothek umbauen. 1797 wurden die beiden Staatsminister Johann Wolfgang von Goethe und Christian Gottlob Voigt mit der Oberaufsicht über die Bibliothek betraut. Sie rückte damals in die Reihe der bedeutendsten Bibliotheken in Deutschland auf und besaß im Jahr 1832 bereits 80 000 Bände.

Heute ist die Bibliothek eine öffentlich zugängliche Forschungsbibliothek für Literatur- und Kulturgeschichte mit Schwerpunkt auf der deutschen Literatur der Zeit um 1800. Sie bewahrt literarische Zeugnisse vom 9. bis zum 21. Jahrhundert als Quellen der Kulturgeschichte und der Forschung auf, erschließt sie nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten und stellt sie zur Ausleihe und Benutzung bereit.

Im Schloss, dem eigentlichen Bibliotheksgebäude, können bis zu 80 000 Bücher untergebracht werden, zurzeit sind dort in den Regalen 40 000 zu sehen. Der Bestand, einschließlich des unterirdischen Archivs und der Nebengebäuden, umfasst etwa eine Millionen Bände, darunter etwa 200 000 aus der Zeit vor 1850. Teile der Bestände stammen aus dem Privatbesitz des ehemals regierenden Großherzoglichen Hauses Sachsen-Weimar und Eisenach.

*Text von Burkhard Zamboni, Vorsitzender tbb Senioren*